HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1977

LINZ 1978
Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz
INHALT

Abkürzungen .................................................. 7
Verzeichnis der Mitarbeiter .................................. 8
Vorwort des Bürgermeisters .................................. 9
Willibald Katzinger (Leonding):
Das Bürgerspital ................................................ 11
(Bildtafeln I und II)

Wolfgang Hilger (Wien):
Historisch-topographische Anmerkungen zu den Urbaren des Linzer
Schlosses .......................................................... 103
(Mit 3 Tabellen und 2 Plänen im Anhang)

Manfred Brandl (Steyregg) und
Willibald Katzinger (Leonding):
Wenzel Siegmund Heinze (1737—1830). Ein Beitrag zur Geschichte
der Aufklärung in Linz ......................................... 149

Harry Slapnicka (Linz):
Linz, Oberösterreich und die „Tschechische Frage“ .......... 209

Hans Schobesberger (Linz) und
Fritz Mayrhofer (Linz):
Geschichte der Linzer Arbeiter-Turn- und Sportbewegung
(1903—1934) ...................................................... 233
(Bildtafeln III bis XIV)

† Ludwig Rumpl (Linz):
Nachträge zu den Linzer Stadtpfarrern, Prädikanten und
Stadtschreibern ................................................... 347

Nachruf Ludwig Rumpl (Max Neweklowsky) .............. 355
(Bildtafel XV)


Neben Bahnanarbeitern — so referierte der Bischof — seien schon 1826 zahlreiche tschechische Professionisten nach Oberösterreich gekommen. Ihre Zahl habe sich vor allem in Linz bedeutend vermehrt, als die sogenannten Maximilianischen Türme errichtet wurden. Gleichzeitig begannen Fabriken in Linz und Umgebung tschechische Arbeitskräfte aufzunehmen, insbesondere ab 1850 auch die Linzer „ärarische“ Tabakfabrik. Im Jahre 1858 bezifferte man die Zahl der „Böhmen“ auf rund zweitausend — so der Diözesanbischof, der im Verlauf seiner Landtagsrede weitere Details anführte:
Die Zahl der damals in Linz anwesenden Böhmen im September 1852 wurde mit 1171 beziffert und zwar die Schneiderinnung 229, die Schuhmacherinnung 137, Tischler 79, Weber 40, Schlosser 30, Eisenbahner 136, k. k. Tabakfabrik 36, Grimmayrsche Fabrik (Baumwollfabrik Kleinmünchen) 202, Dierzer-Fabrik (Baumwollfabrik Kleinmünchen) 79, Rädlersche Fabrik (Baumwollfabrik Kleinmünchen) 42, Fabrik Kubo und Schimak (Baumwollfabrik in Traun) 30, Fabrik Enderlin und Toricelli (Baumwollfabrik Linz) 26, Fabrik Rübsam (Bedrucken von Kattunen) 10, Fabrik Breit und Klimpfinger 56, Arbeiter beim Bau der Lagerthürme 29.


Ein Antrag von Dr. Beurle und Genossen „betreffend den Gebrauch der slowakischen Sprache“ 1903 hatte u. a. folgendes gefordert:

Der Landtag spreche den dringenden Wunsch aus, daß die hierzu berufenen kirchlichen Behörden Oberösterreichs und zwar ebensowohl die katholische, als die evangelische Kirchenbehörde Vorsorge treffe, daß in Oberösterreich die deutsche Sprache als alleinige kirchliche Amtssprache, und zwar insbesondere für die Matrikenführung und den Gebrauch bei der Predigt erklärt und demnach auch die Übung der Abhaltung slowakischer Predigten in Oberösterreich ein- für allemal abgestellt werde.

Ursache dieses Antrages war ein in tschechischen Blättern erfolgter Aufruf an die Tschechen Böhmens und Mährens, sich zahlreich am 18. Ok-
tober 1903 in Linz einzufinden, um dem Jubiläum der vor fünfzig Jahren erfolgten Einführung der tschechischen Predigt in der Linzer Martinskirche einen besonderen Glanz zu verleihen und „die Linzer Tschechen zu weiterer Treue und zum Kampf für ihre nationalen Sitten anzueifern“. Im Antrag von Dr. Beurle und Genossen heißt es weiter: „Veranstalter dieser Feier ist der Linzer Kapuzinerpater Kašpar Jurašek, von welchem es bekannt ist, daß er bestrebt ist, in dem, Gott sei Dank rein deutschen Oberösterreich die Tschechen als ein abgesondertes, der einheimischen Bevölkerung gegenüber aggressives Element zu erhalten“. 

Diözesanbischof Dr. Doppelbauer hatte aber keineswegs nur Angaben über die Zahl der in Linz lebenden Tschechen gemacht, er hatte sehr ausführlich die nicht fünfzigjährige, wie immer behauptet wurde, sondern siebzigjährige seelsorgliche Betreuung der in Linz lebenden Tschechen ausführlich dargestellt — nicht ohne Grundsätzliches zur Frage „Seelsorge und Nationalität“ beizufügen, vermutlich anhand des wenige Jahre vorher vom Prager Domkapitular und nachmaligen Weihbischof Dr. Wenzel Frind erschienenen Werkes „Das sprachliche und sprachlich-nationale Recht“, das ja auch noch später für Ignaz Seipel einen unentbehrlichen Ratgeber darstellte und wesentlich für die Südtirol-Politik des Vatikans nach 1918 wurde.

Oberösterreichischen Religionsfonds 200 Gulden für die Honorierung des
tschechischen Predigers und Seelsorgers frei. Auch das Militärkomman-
do hatte positiv zu einer tschechischen Predigt Stellung genommen:

Das Militärkommando verkennt keineswegs, wie zweckmäßig und wün-
schenswert es sei, daß den in hiesiger Garnison anwesenden Militärs, sowie
den übrigen hiesigen Bewohnern slavischer Zunge die Gelegenheit geboten
würde, an einem wöchentlichen Gottesdienste theilnehmen zu können, bei wel-
chem zu ihrer Erbauung und Belehrung Predigten und religiöse Gesänge in
ihrer Muttersprache stattfinden.

So wandte sich der Linzer Bischof an verschiedene Orden, ob nicht ein
Prediger für die tschechische Sprache zur Verfügung stünde. Nachdem
die Karmeliter abgesagt hatten, stellten die Kapuziner den Pater Gama-
liel Synaczek zur Verfügung, sodaß diese Predigten — nunmehr in der
Kapuzinerkirche — ab 3. April 1853 wieder erfolgen konnten. Das hohe
Haus sieht also — erklärte der Bischof im Landtag — daß der Statthalter
den Beginn des böhmischen Gottesdienstes außerordentlich urgiert, es ist
dem Statthalter sehr am Herzen gelegen, daß das böhmische Consistorium
den Gottesdienst ehestens ermögliche.

Grundsätzlich erklärte der Bischof noch zur Frage, die das Gewissen
vieler Gläubiger berührt und auch das Gewissen des Bischofs selbst:

... es gibt keinen böhmischen Gottesdienst im eigentlichen Sinne, es gibt nur
 einen katholischen Gottesdienst ... die heilige Messe, wie die Herren ja wissen,
 ist immer in lateinischer Sprache ... man versteht also in der Nebenbedeutung
 „böhmischer“ Gottesdienst die böhmische Predigt, dabei auch vielleicht die
Litanei und einzelne Gebete, welche in böhmischer Sprache gebetet werden.

Man möge mit Herz und Verstand entscheiden, ob der Bischof in der
Lage und berechtigt ist, diesen vor 70 Jahren ganz auf normalmäßigen
Wege eingeführten, von der Regierung, von den Parteien und vom bischöf-
lichen Ordinariate als notwendig anerkannten Gottesdienst wieder auf-
zulassen. Und er stellte fest: Der Bischof kann es nicht thun und der
Bischof wird es nicht thun. Er fügte noch hinzu, daß gegenwärtig in
Windischgarsten viele „Croaten“ arbeiten; er sei auch deren Bischof,
solang sie in der Diözese sind. Als er vor Jahren als junger Kaplan in
Steyr gewirkt habe und unter den Arbeitern auch viele Tschechen ge-
wesen seien, habe er sich von einem tschechischen Ex-Theologen die wich-
tigsten Aussprüche tschechisch aufschreiben lassen, um wenigstens be-
scheiden seelsorglich wirken zu können.

Relativ kurz nahm der Bischof zur Frage der Matriken Stellung, die
damals ja um vieles bedeutsamer war als heute nach Einführung der
staatlichen Standesämter. Seit 1819 befanden sich die Duplikate aller
Matriken im Bischofshof, rund vier Millionen. Er habe lediglich die
51.864 Matrikenfälle des Jahres 1902 durchsehen lassen und hier fand sich kein einziger, welcher in einer anderen Sprache als der deutschen matrikuliert wäre. Der Bischof meinte, daß dies bei den Evangelischen und den Juden kaum anders sein werde.

Tatsächlich stellt der vom Liberalen Dr. Jäger und dem Konservativen Dr. Esser gezeichnete Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses bezüglich der kirchlichen Sprachenfrage fest: Der Landtag kann in dem Umstande, daß in der Martinskirche in Linz eine rein kirchliche Feier mit tschechischer Predigt veranstaltet wurde, keinen Anlaß finden, mit besonderen Wünschen an die kirchlichen Behörden heranzutreten. Allerdings hatte der Bischof im Landtag auch erklärt:

Übrigens bin ich es gewesen, Herr Doktor, der sogleich denjenigen, die den Gottesdienst veranstaltet hätten, erklärte, weil man eine Demonstration machen wollte, so darf am fixierten Demonstrationstage der Gottesdienst nicht abgehalten werden, damit niemand Veranlassung zu Demonstrationen habe. Er wurde auch an diesem Tage nicht abgehalten.

Trotz der sehr durchdachten Rede des Bischofs vermochte der Antragsteller Dr. Beurle bei Schwachstellen sofort einzuhalten. Nicht die Antragsteller hätten das Spektakel angefangen, sondern die, die die Abhaltung der tschechischen Predigt dazu verwendet hätten, um in die Stadt Linz eine tschechisch-nationale Bestrebung hineinzutragen, die naturgemäß eine Stellungnahme provoziert hätte; auch sei die Notwendigkeit der Gottesdienste von 1830 eine andere gewesen als heute.

Dasjenige, wogegen wir uns verwahren, ist die Nichtassimilierung und die Unterstützung dieser Nichtassimilierung durch den Gottesdienst in der St. Martinskirche und die Förderung jener Bestrebungen, welche auf die Zerreißung der nationalen Einheitlichkeit des Landes gerichtet sind... Es gehen in diesen Gottesdienst Leute, die meines Wissens ganz gut deutsch können und nur bestreden sind, die Erhaltung eines nationalen Centrums sich zu sichern. Der Unterschied dieser beiden Fälle ist wohl ein sehr großer!

Beurle zeigte auch neben dieser Entwicklung in Oberösterreich die gegenteilige in Böhmen auf.

Übrigens war Dr. Doppelbauer's Rede im Landtag nicht seine erste Stellungnahme zur Nationalitätenfrage. Im Hirtenbrief von 1898, in dem er sich mit der Stellung des Christen zum Landesfürsten, dem Verhalten der Staatsbürger untereinander und dem Verhalten des Katholiken zum Fortschritt befaßt, geht er auch auf die Nationalitätenfrage, das „starre“ und das „gemilderte Nationalitätenprinzip“ ein.

Der Diskussion im Landtag war eine Debatte im Linzer Gemeinderat vorausgegangen, die durch Eingaben des „Deutschen Volksvereins“, des
„Alldeutschen Vereins“, der „Deutschen Arbeiterschaft“ und des „Bundes der Deutschen in Böhmen“ ausgelöst worden war. In der Gemeinderats-
sitzung vom 14. Oktober 1903 begründete Gemeinderat Böheim 23 den
Dringlichkeitsantrag folgendermaßen:

... Nur dem übereifrigen Werben der tschechischen Presse ist es zu danken, daß die Einwohnerschaft von Linz noch rechtzeitig von dem geplanten Über-
fall in Kenntnis gesetzt wurde; daß man der deutschen Einwohnerschaft von
Linz solche Demütigungen durch den Vorwand eines kirchlichen Festes weniger
schändlich machen wollte, ändert nichts an der Sache. Es steht fest, daß die
Tschechen in Linz einen nationalen Agitationsherd schaffen wollen, welcher
naturgemäß die Quelle steter Mißhelligkeiten geworden wäre.

Der einstimmig angenommene Dringlichkeitsantrag hatte schließlich fol-
genden Wortlaut:

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz protestiert gegen die Absicht,
   Linz zum Schauplatz einer tschechischnationalen Demonstration zu machen.
2. Der Gemeinderat spricht den Wunsch aus, daß die Linzer Geschäftstleute in
   Hinkunft nur deutsche Gehilfen und Lehrlinge aufnehmen und insofern
   die Aufnahme von Hilfsarbeiten anderer Nationalität im Einzelfall nach-
   weislich ist, darauf gesehen wird, daß keine solche Personen aufgenommen
   werden, welche sich vornehmen, die bisherige Ruhe und Eintracht der Stadt
   durch deutschfeindliche Agitation zu stören.
3. Der Gemeinderat ersucht die Kirchenbehörde, den zu tschechischen Demon-
   strationen mißbrauchten tschechischen Gottesdienst einzustellen.
4. Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister, Erhebungen über die tsche-
   chisch nationale Agitation in Linz zu pflegen und hierüber dem Gemeinde-
   rat zu berichten.84

Diese 1903 in Linz hochgehende Woge war allerdings nicht die einzige
in dem sonst vom Nationalitätenstreit fast verschonten Land und sie war
auch keineswegs die erste. Als Ministerpräsident und Innenminister Kasi-
mir Graf Badeni 25 1896 nicht nur die Wahlrechtsreform mit der Schaf-
fung einer allgemeinen Wählerklasse realisierte, sondern auch die soge-
nannte „Badenische Sprachenverordnung“ für Böhmen und Mähren im
Jahre 1897 erließ, streifte der Sprachentreit auch das praktisch hundert-
prozentig deutschsprachige Oberösterreich. Der erste Hinweis reicht mehr
als fünf Jahre zurück. Unmittelbar nachdem die Badenische Sprachen-
verordnung erlassen war, in der I. Sitzung der II. Session der IX. Wahl-
periode, am 10. Jänner 1898, brachten die großdeutschen Landtagsabge-
ordneten unter Führung von Dr. Beurlé den Drei-Zeilen-Antrag ein, der
hohe Landtag beschloße, die k. k. Regierung zur sofortigen Zurück-
nahme der Sprachenverordnung aufzufordern.86

Der Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses zu diesem An-
trag,27 der deutlich die Handschrift der konservativen Majorität dieses

Die Schwierigkeiten, die deutsche Sprache als alleinige Unterrichtssprache für die Schulen Oberösterreichs zu bestimmen, scheinen schon in dieser Anfangsphase sichtbar geworden zu sein, denn bei wichtigen Landesgesetzen wurde vor der Beschlusfassung über die k. k. Statthalterei beim Ministerium rückgefragt. So stießen, nachdem der Landesausschuß keinerlei Initiative ergriff und keinen Gesetzentwurf vorlegte, die großdeutschen Landtagsabgeordneten — diesmal war der liberale Dr. Jäger federführend — nochmals vor und beantragten ein vier Artikel umfassendes Landesgesetz, diesmal allerdings über die Einführung der deutschen Sprache als der alleinigen Amts- bzw. Unterrichtssprache. Dieser Antrag erfolgte zwar ebenfalls im Jahre 1898 und zwar am 28. Dezember, aber bereits in einer neuen, der dritten Session der IX. Wahlperiode. Inzwischen war auch noch ein weiterer Wechsel vor sich gegangen: Der
maßgebliche Sprecher der Konservativen, Dr. Ebenhoch, war als Nachfolger des Michael Freiherr von Kast von Ebelsberg Landeshauptmann für Oberösterreich geworden und als Sprecher in der Sprachen- und Nationalitätenfrage traten neben den Großdeutschen Dr. Beurle, Dr. Jäger und gelegentlich auch Poeschl für die Konservativen Ignaz Huber und Dr. Bsteh und später Dr. Schlegel auf.

Ende 1898 kam es im Zusammenhang mit der Sprachenfrage im oberösterreichischen Landtag zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen (im Landtag sprachen Dr. Jäger, Böheim, Erb und Dr. Beurle) und den Katholisch-Konservativen (mit Huber als Haupt sprecher, Pfarrer Niedermaier und Abt Grasböck als weiteren Sprechern). Die Diskussion am 28. Dezember 1898 und am 30. Dezember 1898, die sich außerordentlich lange hinzog und von den prominentesten Rednern der beiden Parteien bestritten wurde, klang wie eine Fortsetzung, wie ein Abklausch der Reichsrats- und Pressediskussionen, was nicht verwunderlich ist, weil die meisten Redner auch Reichsratsabgeordnete waren. Die Diskussion enthielt viel Kluges und viel Dummes, war gelegentlich erfüllt von heftigsten Beschuldigungen, nahm aber nur sehr gelegentlich auf Belange von Oberösterreich oder die der nächsten Umgebung Bezug. ...Daher kommt es, erklärt etwa Dr. Beurle, daß die Czechen sogar schon in Niederösterreich beginnen czechische Schulen zu fordern und zu errichten; so kommt es, daß die czechischen Behörden mit deutschen Ländern anfingen, lediglich czechisch zu verkehren. ... Der deutsch nationale Böheim warnte vor dem Expansionsdrang der nahe der oberösterreichischen Grenzen gelegenen Stadt Budweis, das vor zehn Jahren noch fast rein deutsch war, und der heute die Deutschen alle Noth haben, sich etwas über Wasser zu halten. Er verwies anschließend darauf, daß die Frage auch für die bäuerliche Bevölkerung Oberösterreichs von Bedeutung sei, weil die tschechische Zivilstenská banke bei Feilbietungen und Liquidationen Bauernhöfe kaufe.

Nun, meine Herren, das hätte vielleicht nicht viel zu bedeuten, solange ein einzelner Bauernhof, umgeben von lauter deutschen Ansässigen, in czechische Hände kommt. Das eine ist naturgemäß, daß die von dieser genannten Bank erstandenen Höfe ganz gewiß nicht an deutsche Pächter, aber immer sicher an czechische Pächter verpachtet werden. Denken Sie aber, daß diese Vorfälle sich vermehren, daß in einem solchen Besitzstande ein zweites, drittes, vier tes oder fünftes Bauerngut in die Hände dieser Bank kommt, so werden Sie das Weitere finden müssen, daß dann auch eine czechische Schule hinzukommen wird... und Sie werden sehen, daß inmitten unserer deutschen Lande sich czechische Sprachinseln bilden. Das, was ich berührt habe, ist keine Phantasie,
sonst sind Vorgänge, die sich in Wirklichkeit abspielen, und Sie werden merkwürdigerweise dabei bemerken, daß gerade solche Ankäufe häufiger stattfinden, seitdem diese Sprachenverordnungen erlassen worden sind…

Schließlich erklärte Erb:

Es wurde geschildert, wie Orte czechisch gemacht werden. Es kommt ein czechischer Advokat, es kommt ein czechischer Lehrer, es kommen czechische Beamte, die bilden eine Beseda. Diese Beseda zieht czechische Handwerker heran, sie bilden einen czechischen Sparverein und im Handumdrehen haben sie eine starke Minorität und diese starke czechische Minorität wächst fortwährend… Meine Herren, wo werden wir hinkommen, wenn z. B. Prag und Linz miteinander correspondieren? Jetzt haben die czechischen Städte beschlossen, mit den deutschen Städten nur czechisch zu correspondieren. Die deutschen Städte werden dann beschließen, mit den slavischen Städten nur deutsch zu correspondieren. Was wird die Folge sein?


Schon während der Diskussion hatte der konservative Abgeordnete Huber Dr. Jäger beschuldigt, wegen der Urgenz des Landesausschußberichtes nur propagandistisch vorzugehen. *Nun, als Mitglied des Landesausschusses weiß Herr Dr. Jäger recht gut, warum das* (die Vorlage des Landesausschuß-Berichtes über die deutsche Schul- und Amtssprache) *nicht geschehen ist. Die nachfolgende Erklärung zeigt die bescheidene, halb-souveräne Stellung des Landtages:*

Der Landesausschuß pflegt nämlich immer, bevor er Gesetzesentwürfe vorlegt und verfaßt… Erhebungen zu pflegen… es ist auch die k. k. Regierung gefragt worden… und die Antwort ist größtenteils ablehnend mit Berufung auf
die bestehenden Gesetze... Übrigens bin ich der Meinung, daß deswegen noch nicht soviel versäumt ist; daß eine Gefahr in Oberösterreich noch nicht in Verzug ist...


Der am 23. Feber 1899 vorgelegte „Bericht des Landesausschusses in Betreff der Einführung der deutschen Sprache als alleinige Unterrichtssprache in den öffentlichen Schulen Oberösterreichs“ informiert übrigens, daß man sich in dieser Angelegenheit auch an die Landesausschüsse von Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg, also jene Kronländer mit dem größten Anteil deutscher Bevölkerung wandte. In jener Zeit wurde der Anteil der deutschen Bevölkerung Zisleithaniens folgendermaßen angegeben:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Anteil %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Salzburg</td>
<td>99,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Oberösterreich</td>
<td>99,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Niederösterreich</td>
<td>95,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorarlberg</td>
<td>94,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Steiermark</td>
<td>79,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Kärnten</td>
<td>75,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Tirol</td>
<td>56,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Schlesien</td>
<td>45,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Böhmen</td>
<td>37,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Mähren</td>
<td>28,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bukowina</td>
<td>22,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Ungarn</td>
<td>13,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Siebenbürgen</td>
<td>10,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Krain</td>
<td>6,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Slawonien</td>
<td>5,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Galizien</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Küstenland</td>
<td>2,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Dalmatien</td>
<td>0,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Österreich-Ungarn</td>
<td>36,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

In keinem der drei Kronländer (Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg) bestand ein Landesgesetz über die deutsche Unterrichtssprache. Doch sollte
dies in Vorarlberg im Zusammenhang mit der geplanten Änderung der Landesschulgesetze eingebaut werden.

Der oberösterreichische Landesausschuß hat sich schließlich an den k. k. Statthalter gewandt, der seinerseits in dieser grundsätzlichen Angelegenheit das Kultusministerium befragte, das über die Volks- und Bürgerschulen hinaus Stellung nahm und erklärte, daß die Unterrichtssprache an den Gymnasien ebenfalls nicht durch ein Landesgesetz normiert werden kann, da dies zum Wirkungskreis des Reichsrates gehöre; lediglich wäre gegen die eventuelle Festsetzung der Unterrichtssprache für die Realschulen in Oberösterreich durch eine landesgesetzliche Bestimmung eine Einwendung nicht zu erheben. Abschließend heißt es in dem von Ignaz Huber gezeichneten Bericht:


In einem Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses vom Jahre 1898 (Ezdorf 44 als Obmann und Dr. Bsteh als Berichterstatter) wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, womit die deutsche Sprache als alleinige Amts-

Anders als der eher zurückhaltende „Bericht des Landesausschusses“ lesen wir in diesem das Sprachgesetz begründenden Bericht des Landtagsausschusses: Der Antrag entspricht dem Bestreben, unserem Heimatlande die nationale Einheit und Reinheit zu erhalten, und es durch vor Zuständen und Verhältnissen zu bewahren, welche nur schädigend auf dessen Wohlfahrt zurückwirken könnten. Der Bericht spricht von den verschiedenen historisch-politischen Individualitäten, deren jede

Es ist daher gerechtfertigt, wenn der Landtag die Sicherung der nationalen Einheit des Landes zunächst und vor allem auf diesen Gebieten anstrebt. Was das Gebiet der autonomen Gemeinde betrifft, so könnte durch Einwanderung nichtdeutscher Bewohner im Laufe der Zeit sehr leicht eine Gemeinde ihren deutschen Charakter dadurch verlieren, daß die Eingewanderten, sei es durch ihre Zahl, oder durch ihren wirtschaftlichen und anderen Einfluß, die Majority in der Gemeindevertretung erlangen, wodurch wenigstens die Möglichkeit eingetreten wäre, daß in deutschem Gebiet in nichtdeutscher Sprache autonomm geführt würde. Diese Thatsache würde eine Reihe solcher Mißstände nach sich ziehen, daß es geboten erscheint, dagegen rechtzeitig vorzugehen. Das Gebiet der Schule hängt mit dem vorigen fast unzertrennlich zusammen; nur ist die damit verbundene Gefahr ungleich größer, als auf dem Gebiet der autonomen Verwaltung, weil in der Schule die künftige Generation heran gezogen wird... 


Schlußsatz die nicht folgerichtige Haltung des Landtages aufzuzeigen: Der Landtag hat jedoch von diesem Gesetzgebungsrecht (bezüglich der Unterrichtssprache an Realschulen) anläßlich der in der 25. Sitzung des Landtages vom 28. April 1900 beschlossenen Novelle zum OÖ. Realschulgesetz keinen Gebrauch gemacht. So legte der Gemeinde- und Verfassungsausschuß des Landtages 1903 (unterzeichnet vom Obmann-Stellvertreter Dr. Jäger und dem Berichterstatter Dr. Esser) einen neuerlich modifizierten Antrag vor: 1. ein Landesgesetz bezüglich der deutschen Unterrichtssprache an Realschulen zu erlassen; 2. eine Aufforderung an die Regierung, das Gesetz über die Amtssprache dem Kaiser zur Sanktion vorzulegen; 3. den Landesausschuß zu beauftragen, nur solche Schulen aus Landesmitteln zu erhalten, an welchen die Unterrichtssprache die deutsche ist; 4. mit keinen besonderen Wünschen bezüglich Predigten an die kirchlichen Behörden heranzutreten. 49

In diesem Ausschußbericht konnte man unter anderem lesen: Im Grunde genommen hat sich bisher auch niemand um die tschechische Predigt gekümmert und niemals sich eine Beunruhigung gezeigt. Eine solche ist auch heute nicht vorhanden, am allerwenigsten kann ein Zeitungsartikel einen Anlaß zu einer Beunruhigung bieten, denn sonst müßten alle Menschen in beständiger Unruhe leben. Bezeichnend ist auch das Schlußwort des konservativen Berichterstatters Dr. Esser, der erklärte:


1906 erfolgte ein neuer Vorstoß der Abgeordneten Dr. Jäger und Beurle zur Realisierung der Sprachgesetzentwürfe von 1899, 1900 und 1903. (Im Hinblick darauf, daß die Czechen allen Ernstes in dem urdeutschen Erblande Niederösterreich tschechische Schulen verlangen und in Erwägung des Umstandes, daß nicht bloß eine immer größere Anzahl tschechischer Arbeiter in Oberösterreich Arbeit sucht und findet und hier auch heimatberechtigt wird, sondern auch mehrfach Bauerngüter von Czechen in den Grenzgebieten angekauft werden). 51

1907 brachte dann der Abgeordnete Dr. Beurle den Antrag ein, die k. k. Regierung wird ersucht, statistische Daten über die Einwanderung von Nationaltschechen nach Oberösterreich unter Anführung der Berufskategorien zu erheben und dem Landtag Bericht zu erstatten. 52 Der Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses schloß sich diesem Antrag an.
Der von Dr. Esser als Obrmann und Dr. Beurle als Berichterstatter gezeichnete Bericht erklärt u. a.:


Als in der Frage der Statistik tschechischer Einwanderer durch das Ministerium keine Antwort erfolgte, stellte der Abgeordnete Winter und Genossen an den k. k. Statthalter eine neuerliche Anfrage (Ist die Regierung in der Lage, dem Landtage noch in dieser Session diesen Bericht zu erstatten, und wenn nicht, hat die Regierung bis heute etwas getan, um der einstimmigen Aufforderung des oberösterr. Landtages nachzukommen?)

doch über Geschehnisse rings um Rohrbach berichten, wo tschechische Güterschlüchter wieder ein deutsches Bauernhaus aufgekauft hätten, das in tschechische Hände übergegangen sei, auch landläufige Güter in unserer Nähe sind bereits im Besitz von Tschechen. Und schließlich erklärte auch Poeschl: Die slawische Flut steigt immer höher und höher, und vom bedrängten Budweis her, da kommen die Wogen auch heran zu uns ins bedrängte Mühlviertel... 

Im selben Jahr, 1906, scheint man, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung in Niederösterreich, auch in Oberösterreich nervös geworden zu sein. Im oberösterreichischen Landtag nahm vor allem der Liberale Dr. Jäger auf die Entwicklung im Nachbarland Bezug. (...Wir haben gewiß alle Ursache, dafür zu sorgen, daß Zustände, wie sie im benachbarten Niederösterreich vorhanden sind, bei uns nicht Platz greifen.) Bedingt durch wenige tschechische Ansiedler hatte in drei niederösterreichischen Gemeinden, in Unter-Themenau, in Ober-Themenau und in Bischofswarth auch das Tschechische neben dem Deutschen als interne Amtssprache zu gelten. 

sich vor der Verslawisierung wehren oder zumindestens davor, daß es nicht nach und nach gemischtsprachig wird. Der großdeutsche Abgeordnete Winter erwähnte zwei Großgrundbesitzer aus Oberösterreich, die zunehmend Tschechen aufnehmen und anschließen, Graf Arco in St. Martin (veranlaßt von seiner Frau) und Graf Strachwitz in Mamling. Später verwies der Christlichsoziale Dr. Schlegel darauf, daß der eine Großgrundbesitzer nicht auf der rechten, sondern der linken Seite des Hauses zu finden sei; der andere sei ein Reichsdeutscher, der uns Deutschen in Oberösterreich mit solchen Mitteln zu Hilfe kommen will, ein deutsches Kronland zu ertücksachen. Schlegel ging aber auch ausführlich auf den Kauf deutscher Bauernhöfe in Oberösterreich ein. Tschechische Geldinstitute, so das von Wittingau, gäben auch dort noch Kredite, wo seriöse oberösterreichische Institute keine mehr geben könnten. Manche dieser tschechischen Banken seien wohl zugrundegegangen, vorher hätten sie aber zahlreiche deutsche Bauernhöfe an tschechische Käufer vermittelt. Dr. Schlegel verwies auch darauf, daß am Prager Franz-Josefs-Bahnhof auf den für Oberösterreich und Salzburg bestimmten Waggonen ausschließlich tschechische Namensaufschriften für deutsche Städte stünden, so Solnograd für Salzburg, Isf für Bad Ischl, Linec für Linz usw. Diese Tafeln würden zwar an der böhmischen Grenze gegen deutsche umgetauscht, doch würden von Oberösterreich auch keine Namen wie Hochburg für Vyšehrad erfunden werden. Trotz allem endete Schlegel — inzwischen Mitglied des Landesausschusses und eine maßgebliche Persönlichkeit der Christlichsozialen geworden — versönlich: Wenn die Angehörigen anderter Nationalitäten nach Oberösterreich kommen und sich vertragen wollen, so sind sie willkommen, sie sollen nur hereinkommen, aber den deutschen Charakter unseres Kronlandes wollen wir wahren und das geschieht am besten, wenn die deutsche Sprache im Amte, in der Schule für alle Zeiten festgelegt wird. Übrigens verwendeten die Tschechen auch tschechische Namen für Mühlviertler Orte, vor allem für Schlägl und Freistadt (Cáhlor); Waldhofen a. d. Thaya in Niederösterreich nannten sie Bejdov.

Dr. Schlegel, Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, fand auch die bislang klare und gegenüber der Wiener Regierung schärfste Formulierung: Österreich ob der Enns gehört zu den wenigen glücklichen Kronländern der Monarchie, deren einheimische Bevölkerung durchwegs dem gleichen Sprachstamm angehört, hieß es einleitend und im weiteren Verlauf: Eine namhafte Verstärkung erfuhr das nichtdeutsche Element durch die Versetzung nichtdeutscher Eisenbahn-
bediensteter nach Oberösterreich, durch den Zuzug nichtdeutscher Arbeiter in verschiedene industrielle Unternehmen, endlich durch die Tätigkeit tschecho-böhmischer Geldinstitute, welche die von ihnen belehnten und nicht selten im Exekutionswege entstandenen Realitäten zumeist mit Nichtdeutschen besiedelten. In dem vom Ausschuß vorgeschlagenen und vom Landtag einstimmig gefassten Beschluß brachte der Landtag seine Sprachengesetze nachdrücklichst in Erinnerung....und erwartet, daß die k. k. Regierung den genannten Gesetzentwurf der Allerhöchsten Sanktion unterbreitet oder dem Landtage bekanntgibt, aus welchen Gründen sie etwa nicht in der Lage wäre, dies zu tun. In der Begründung zu diesem Antrag hatte es überdies geheißen:

Es scheint daher geboten, die k. k. Regierung etwas deutlicher als bisher an die wiederholt einstimmig gefassten Landtagsbeschlüsse zu erinnern. Sollte die k. k. Regierung auch darauf in keiner Weise reagieren, so bliebe nichts übrig, als ein Akt der Selbsthilfe, welcher etwa in der Weise vollzogen werden könnte, daß der Landtag durch Beschluß den Landesausschuß beauftragt, nur in deutscher Sprache verfaßte Aktenstücke in Verhandlung zu ziehen und die Gemeinden anzuweisen, in gleicher Weise vorzugehen.69

Für Oberösterreich sind einige Zahlen wesentlich, die Dr. Beurle in
dieser Diskussion erwähnte. Nach einer statistischen Tabelle, die sich mit
dem Ankauf oberösterreichischer (Bauern-)Güter durch Tschechen be-
schäftigt, gebe es im Bezirk Grein 36, im Bezirk Mauthausen 28, im Be-
zirk Pregarten 16 und im Bezirk St. Florian 19 Güter, die durch Tsche-
chen angekauft wurden. Übrigens legte auch für die christlichsoziale Par-
tei im Jahre 1909 der Abgeordnete Dr. Schlegel einen Gesetzentwurf be-
treffend Festlegung der deutschen Amts- und Unterrichtssprache vor.64

Die neuerlichen Anträge und Gesetzesvorlagen wurden mit den übri-
gen „deutschen“ Bundesländern, Niederösterreich, Salzburg und Vorarl-
berg abgesprochen, die dortigen Landtage behandelten sie am selben Tag
in gleichlautenden Gesetzentwürfen. Oberösterreich glaubte aus Gründen
einer Realpolitik viel Wasser in seinen Wein eingießen zu müssen. So wird
etwa die Festlegung der deutschen Sprache als allein landesüblich er-
wähnt. Im geplanten Gesetz über die Amtssprache war auch der Passus
vorgesehen: Der Landesausschuß wird beauftragt, darüber zu wachen,
daß beim Verkehr der autonomen Behörden in Oberösterreich ausschließ-
lie die deutsche Sprache zur Anwendung kommt. Die Landtagsbeschlüsse
in der Schulfrage sahen schließlich noch vor: Der Landesausschuß wird
beauftragt, an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen nur solche Lehr-
kräfte anzustellen, welche deutscher Nationalität sind und an einer deut-
schen Lehrerbildungsanstalt heran gebildet wurden und an einer solchen
die Lehramtsprüfung abgelegt haben.65 Inzwischen war es bereits der
neue Landeshauptmann von Oberösterreich, Hauser,66 der die Verhand-
ungen mit Statthalter Handel führte.

In diesem Jahr 1909, also zehn Jahre, nachdem erstmals die Sprachen-
frage in Oberösterreich diskutiert wurde, erhielt das Landesgesetz über
die deutsche Amtssprache im Lande Österreich ob der Enns die kaiser-
liche Sanktion, wobei jetzt mehr als ursprünglich angestrebt, erreicht
wurde, nämlich die Festlegung der deutschen Sprache als Verhandlungs-
Sprache im Landtag. Mit Schreiben vom 12. November 1909 an das Präsi-
dium des oberösterreichischen Landesausschusses schrieb Statthalter Han-
del unter anderem:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung
vom 1. November 1. J. dem vom Landtage des Erzherzogthums Österreich ob
der Enns beschlossenen Gesetzentwürfe, betreffend die Unterrichtssprache an
Realschulen und an Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten in Oberösterreich
die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht."67

Das Landesgesetz (Stück XXXVI, Nr. 57) vom 1. November 1909, ist
kurz gehalten und umfaßt fünf Paragraphen. Wesentlichster Inhalt: Die


Das war und blieb die Situation bis zum ersten Weltkrieg, wobei das unübersehbare Absinken des Anteils der Bevölkerung mit tschechischer Muttersprache bei der Volkszählung von 1910 auf die Hälfte des langjährigen Ausmaßes das wichtigste Faktum darstellte. Die starke Ausweitung des den Christlichsozialen nahestehenden Vereins „Ostmark“, die Tatsache, daß vom Verkauf oberösterreichischer Bauernhäuser an Tsche-
chen oder die Ersteigerung von Höfen durch tschechische Banken nicht mehr berichtet wurde, aber auch die Tatsache, daß der Anteil der tschechoslowakischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Zisleithaniens stagnierte, deutet eine Konzentration der Tschechen auf die böhmisch-mährische Ländergruppe an.

* 


Anmerkungen

1 Dr. Franz Doppelbauer (1845–1908), Rektor der „Anima“ in Rom (1887), Bischof von Linz (1889–1908).
3 Über die Volkszugehörigkeit im Erzherzogtum Österreich ob der Enns vgl. die Volkszählungen von 1890, 1900 und 1910, veröffentlicht im Österreichischen Statischen Handbuch 18 (1887), 22 (1902) und 31 (1912).
9 Wie Anm. 2.
12 Thomas Matuza (1821—1890), geboren in Wodnian in Böhmen.
13 Dr. Eduard Bach (1814—1884), k. k. Statthalter in Oberösterreich (1851—1854 und 1855—1862).
16 Gamaliel Synacek (1806—1876), aus Reichenau in Böhmen.
17 Wie Anm. 2.
19 Dr. Hermann Esser (1850—1932), Landtagsabgeordneter (1896—1909).
20 Wie Anm. 7.
21 Wie Anm. 2.
22 Linzer Diöcesanblatt, XLIV. Jg. (1898), Nr. 14, S. 153.
23 ASL, Gemeinderatsprotokoll 1903, Sitzung vom 14. 10. 1903, S. 158.
24 Ebenda.
27 Beilage Nr. 146 zum stenographischen Protokoll des oberösterreichischen Landtages, IX. Periode, 2. Session, 1898.
28 Dr. Alfred Ebenbichl (1855—1912), Rechtsanwalt und konservativer (christlich-sozialer) Politiker, Landeshauptmann von Oberösterreich (1898—1907), Ackerbauminister (1907—1908).
30 OÖLA, Landesausschuß, Fasz. 662.
34 Rudolf Poeschl (1852—1940), Landtagsabgeordneter (1899—1918).
35 Ignaz Huber (1839—1913), Landtagsabgeordneter (1878—1909), Mitglied des Landesausschusses (1890—1915).
36 Dr. Rudolf Bsteh, Landtagsabgeordneter (1896—1902).
37 Dr. Josef Schlegel (1869—1955), Landtagsabgeordneter (1903—1924), Reichsratsabgeordneter (1901—1918), Landesausschuß (1909—1918), Landeshauptmann (1927 bis 1934).
Tschechische Frage


46 Beilage Nr. 95 zum stenographischen Protokoll des oberösterreichischen Landtages, IX. Periode, 3. Session, 1899.


49 ÖÖLA, Landesausschuß, Fasz. 602; G 13/7 609. Note des Landesausschusses vom 23. 5. 1900, Z. 9373. Stellungnahme des k. k. Landesschulrates vom 7. 7. 1900, Z. 1769.


51 Wie Anm. 42.


54 ÖÖLA, Landesausschuß, Fasz. 602; 613/7 609.


57 Hans Winter, Arzt und großdeutscher Politiker, Reichsratsabgeordneter (1901 bis 1911), Landtagsabgeordneter (1903–1918).

58 ÖÖLA, Statthalterei, Präsidium, Sch. 56, 4.392 Präz. 1908.


65 Josef Hafner (1875–1932), erster sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter (1903–1932).

66 Der Verein „Ostmark“, eine der Christlichsozialen Partei nahestehende Organisation, wurde 1909 von Dr. Josef Schlegel gegründet und breitete sich über Oberösterreichs Grenzen aus. Er trat vor allem tschechischen Banken entgegen, die österreichische Häfen aufkauften und an tschechische Siedler weitergaben. Nach 1918 bestand er zwar noch, hatte allerdings keine größere Bedeutung mehr.

67 ÖÖLA, Landesausschuß, Fasz. 602; G 13/7 609.


70 Wie Anm. 64.


72 Eduard Bernatitzk, Das österreichische Nationalitätenrecht, Sonderabdruck aus den österreichischen Verfassungsgesetzen, S. 1014 ff.